

die tageszeitung vom 14.01.2014, Seite 22

Abschiebehäft soll weg

FACHTAGUNG Kieler Regierungskoalition wollte Abschiebeknäste abschaffen, hat aber noch nichts erreicht, klagen Flüchtlingshelfer

Die bundesweite Abschaffung der Abschiebehäft haben erneut das Diakonische Werk Schleswig-Holstein, der Flüchtlingsrat und der Landes-Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt angemahnt. Anlass war eine Kieler Fachtagung mit 120 Experten aus Politik, Bundespolizei, Ausländerbehörden und Hilfsorganisationen. Ziel war es unter anderem, Schleswig-Holsteins Landesregierung den Rücken zu stärken. SPD, Grüne und SSW hatten 2012 in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, „sich auf Bundesebene für die Abschaffung“

einzusetzen.

Kratz-Hinrichsen und Schmidt verwiesen darauf, dass 88 Prozent der Inhaftierten von der Bundespolizei aufgegriffen und ins Abschiebegefängnis nach Rendsburg gebracht werden. Sie kritisierten, dass die Inhaftierten mit bis zu 100 Euro pro Tag an den Haftkosten beteiligt werden. Schmidt: „Da werden schnell einige 1.000 Euro fällig.“ Die durchschnittliche Haftdauer lag im vergangenen Jahr bei 25 Tagen. Die Menschen würden zusätzlich zu ihrer ohnehin vorhandenen Notlage noch in die Verschuldung getrieben.

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Abschaffung der Abschiebehäft als politisches Ziel formuliert. Bislang wurde aber keine Bundesratsinitiative gestartet. Innenminister Andreas Breitner (SPD) hatte darauf hingewiesen, dass sie keine Chance auf eine Mehrheit hätte. Bislang wurden lediglich Erleichterungen für die in Rendsburg inhaftierten Flüchtlinge erreicht. Sie dürfen ihr eigenes Handy nutzen, haben einen Internetzugang und einen Gebetsraum. (epd)

© 2014 PMG Presse-Monitor GmbH

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 14.01.2014, Seite 4

Verbände fordern Ende der Abschiebehäft

KIEL Das Abschiebegefängnis in Rendsburg soll so schnell wie möglich geschlossen werden – zumindest wenn es nach dem Willen mehrerer Verbände wie der Diakonie und dem Flüchtlingsrat in Schleswig-Holstein geht. „Auch auf Bundesebene bleibt unser Ziel, dass die Abschiebehäft abgeschafft wird“, sagte Doris Kratz-Hinrichsen von der Diakonie auf einer Fachtagung mit 120 Gästen im Kieler Landeshaus.

Die Landesregierung habe zwar dazu einen Vorstoß in Berlin unternommen, das reiche aber nicht aus. Die Kieler Regierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Abschiebegefängnis in Rendsburg zu schließen. Im vergangenen Jahr saßen dort 254 Flüchtlinge ein, im Schnitt 25 Tage lang. Bislang habe das Innenministerium nur Hafterleichterungen geschaffen, so Kratz-Hinrichsen. Dazu gehören etwa die Erlaubnis, eigene Kleidung zu tragen, Handys oder

das Internet zu nutzen oder die Einrichtung eines Gebets- und eines Sportraums. „Das sind noch immer Peanuts, denn es handelt sich immer noch um ein Gefängnis mit verschlossenen Stahltüren und Stacheldraht“, so Diakonie-Sprecher Michael van Bürk. Er forderte weitere Maßnahmen wie Arbeitsmöglichkeiten und psychologische Untersuchungen der Flüchtlinge, mit der Frage ob sie überhaupt in einem Gefängnis sitzen können.

„Es gibt eine Arbeitsgruppe zwischen Innen- und Justizministerium, die sich genau damit beschäftigt und so zügig wie möglich einen Kabinettsbeschluss vorbereiten wird“, erklärt dazu der Sprecher des Innenministeriums Thomas Giebeler.

Alternativen zur Abschiebehäft nannte die Diakonie. Kratz-Hinrichsen: „In Australien gibt es eine Meldepflicht, und nur sechs Prozent der Flüchtlinge tauchen unter – es geht also ohne Gefängnis.“ ky

Kieler Nachrichten vom 14.01.2014, Seite 11

Absage an die Abschiebehäft in Rendsburg

Kiel. Die Diakonie und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein haben erneut die Schließung des Abschiebegefängnisses in Rendsburg gefordert – und damit einen Achtungserfolg erzielt.

Nach Angaben des Innenministeriums in Kiel will sich das Kabinett „demnächst“ mit der Zukunft der vom Bund geregelten Abschiebehäft befassen. Denkbar sind eine Bundesratsinitiative, eine Unterbringung der Flüchtlinge in anderen Räumlichkeiten oder weitere Hafterleichterungen in Rendsburg. Im vergangenen Jahr waren in dem Abschiebegefängnis insgesamt 254 Flüchtlinge inhaftiert worden, sie kamen vor allem aus Afghanistan, Marokko, Somalia, Syrien, Algerien und dem Irak. ubi